

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Sven-Christian Kindler, Ekin Deligöz, Anja Hajduk, Dr. Tobias Lindner, Kerstin Andreae, Katja Dörner, Oliver Krischer, Matthias Gastel, Kai Gehring, Britta Haßelmann, Dieter Janecek, Uwe Kekeritz, Maria Klein-Schmeink, Christian Kühn (Tübingen), Markus Kurth, Beate Müller-Gemmeke, Dr. Konstantin von Notz, Lisa Paus, Brigitte Pothmer, Tabea Rößner, Claudia Roth (Augsburg), Corinna Rüffer, Manuel Sarrazin, Elisabeth Scharfenberg, Ulle Schauws, Dr. Gerhard Schick, Kordula Schulz-Asche, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Markus Tressel, Dr. Julia Verlinden, Doris Wagner, Beate Walter-Rosenheimer, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 18/700, 18/702, 18/1023, 18/1024, 18/1025 –**

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bundeshaushalt 2014: unsolide, ungerecht und zukunftsvergessen

Unsolide: Koalition mit willkürlicher politischer Steuerschätzung

Der Haushalt der Großen Koalition ist nicht solide und nachhaltig aufgestellt.

Die geringe haushaltspolitische Solidität wurde auch in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses Anfang Juni 2014 deutlich. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion hat die Koalition beschlossen, die Ergebnisse der aktuellen Mai-Steuerschätzung zu ignorieren, um ihre großen Haushaltslöcher zu verschleiern. Willkürlich, sachlich nicht nachvollziehbar und spekulativ hat die Koalition mit ihrer großen Mehrheit die Berechnungen der erst vier Wochen alten Steuerschätzung überstimmt und sich mit ihrer eigenen politischen Steuerschätzung Mehreinnahmen von 800 Mio. Euro genehmigt. Dies ist ein außerordentlicher politischer Affront, den es in dieser Form noch nie gab. Mit großer Überheblichkeit wischt die Koalition die – bislang stets respektierten – Berechnungen der Institution Steuerschätzung beiseite.

Auch bei der Änderung des Haushaltsgesetzes trickst die Koalition: Üblicherweise erlaubt es das Haushaltsgesetz, alte und nicht verbrauchte Kreditemächtigungen

aus dem Vorjahr zu nutzen. Darüber muss der Haushaltsausschuss allerdings ab einer Höhe von ca. 1,5 Mrd. Euro informiert werden. Diese Informationsschwelle hat die Koalition nun gegen die Stimmen der Opposition und gegen den ausdrücklichen Rat des Bundesrechnungshofes auf 3 Mrd. Euro angehoben. Zufälligerweise liegen die alten nicht verbrauchten Kreditermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2013 bei 3 Mrd. Euro. Die Koalition schafft sich so eine Portokasse, um im Zweifelsfall im Jahr 2014 mehr Schulden zu machen, ohne den Haushaltsausschuss sofort darüber informieren zu müssen. Damit verliert das Parlament eine wichtige Kontrollmöglichkeit. Die Nutzung der Kredite wird intransparent und verkommt zum Verschiebebahnhof.

Ungerecht: Koalition greift in die Sozialkassen

Die 6,5 Mrd. Euro Neuverschuldung in 2014 und die „Schwarze Null“, welche die Große Koalition für 2015 ankündigt, sind kein Ergebnis zukunftsfähiger und mutiger Haushaltspolitik. Um die Neuverschuldung zu drücken, greifen Union und SPD ungeniert in die Sozialkassen und die Taschen zukünftiger Beitragszahler. Allein für die Änderungen bei der Rente wird die Rentenkasse bis zum Jahr 2030 mit zusätzlich mindestens 160 Mrd. Euro belastet. Durch die Vorschläge der Koalition wird die Rücklage in der Rentenkasse bis 2017 annähernd aufgebraucht sein, ohne dass die strukturellen Probleme der Rente, von denen vor allem NiedrigverdienerInnen und Frauen betroffen sind, gelöst werden. Die langfristige Ausfinanzierung der Rentenänderungen kippt die Große Koalition der nächsten Regierung vor die Füße.

Im Jahr 2014 kürzt Finanzminister Schäuble den Bundeszuschuss zum Gesundheitsfonds um 3,5 Mrd. Euro und im Jahr 2015 dann nochmal um weitere 2,5 Mrd. Euro. Indem die Bundesregierung mit dem Geld der BeitragszahlerInnen Haushaltslöcher stopft, nimmt sie billigend die Gefahr von allein durch die Versicherten zu tragenden Beitragssteigerungen in Kauf.

Zukunftsvergessen: Investitionsquote sinkt

Die Steuerermehreinnahmen von 43,6 Mrd. Euro, die bis zum Jahr 2018 erwartet werden, finden sich in der Haushaltssanierung nur zu einem Bruchteil wieder. Im Jahr 2014 fließen 6,5 Mrd. Euro in die Senkung der Neuverschuldung, die dann ab 2015 auf Null gesetzt werden soll. Es stellt sich die Frage, wo die übrigen 37,1 Mrd. Euro geblieben sind (43,6 Mrd. Euro Mehreinnahmen abzüglich 6,5 Mrd. Euro Senkung Neuverschuldung). Klar erkennbar ist: Investiert werden sie nicht. Die Investitionen steigen von 25,8 Mrd. Euro in 2014 auf 27 Mrd. Euro in 2018. Das ist ein magerer Anstieg von gerade einmal 1,2 Mrd. Euro. Die Investitionsquote befindet sich unter Schwarz-Rot im freien Fall und wird 2018 nur noch bei 8,3 Prozent liegen.

Risiken werden ausgeblendet

Die Bundesregierung blendet die offensichtlichen Risiken im Haushalt und der Finanzplanung aus. Verändern sich die Rahmendaten wie Konjunktur oder Zinsniveau nur leicht, bricht das fiskalische Wunschscenario der Koalition in sich zusammen. Die Folgen für den Haushalt wären fatal und kaum aufzufangen. Seit 2009 blieben alleine dem Bund wegen des niedrigen Zinsniveaus 100 Mrd. Euro an Zinsausgaben erspart. Normalisiert sich das Zinsniveau, z. B. durch einen Anstieg der durchschnittlichen Zinskosten um nur 1 Prozentpunkt, bedeutet das Mehrausgaben beim Bund von 10 Mrd. Euro und von über 20 Mrd. Euro für den Gesamtstaat. Auch auf eine eventuelle Abkühlung der Konjunktur und damit eine höhere Arbeitslosigkeit ist die Bundesregierung nicht vorbereitet. Bereits kleinere Verschlechterungen würden die schwarz-rote Finanzplanung platzen lassen.

Wortbruch: Entlastungen bei Kommunen und Bildung werden vertagt

Die vermeintliche Konsolidierung des Haushaltes finanzieren Union und SPD zudem mit einem Wortbruch: Sie vertagen die notwendige und versprochene Entlastung für Kommunen. Die zusätzlichen 5 Mrd. Euro, die über das Bundesteilhabegesetz zur Entlastung der Kommunen fließen sollten, kommen erst im Jahr 2018. Auch hier wird die Finanzierungsverantwortung der nächsten Regierung zugeschoben. Die zur Kompensation für die Verschiebung zugesagte Sofortentlastung der Kommunen von 1 Mrd. Euro pro Jahr kommt – wenn überhaupt – erst 2015.

Ebenfalls gebrochen hat die Koalition ihr Versprechen einer zügigen besseren Finanzierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung. Die hierfür eingeplanten 500 Mio. Euro im Regierungsentwurf hat die Koalition gestrichen und auf die kommenden Jahre verschoben. Die finanziellen Planungen für die Bildungs- und Forschungsinvestitionen bleiben unzureichend und nebulös. Das ist Haushaltskonsolidierung auf Kosten der Zukunft von Kindern und Jugendlichen.

Bei all dem wird deutlich: Die Große Koalition nutzt ihre satte Mehrheit im Deutschen Bundestag nicht, um den Bundeshaushalt zu reformieren. An den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen traut sie sich nicht heran und duckt sich vor einer ordentlichen Ausgabenkritik weg. Gerechte Einnahmeverbesserungen und strukturelle Reformen werden zum Tabu erklärt. Die Bundesregierung betreibt in der Haushaltspolitik Arbeitsverweigerung und verwaltet lediglich den Status quo.

Dieser ungerechten, zukunftsvergessenen und riskanten Haushaltspolitik der Großen Koalition setzt die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN eine solide, gerechte und zukunftsweisende Haushaltsplanung entgegen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Andere Prioritäten notwendig: Klima, Bildung, Gerechtigkeit

Alle sind sich einig: Es braucht deutlich mehr Investitionen in die Zukunft. Durch kluge Investitionen in die Zukunft muss die Energiewende beschleunigt und das Klima gerettet werden. Investitionen in gute Bildung und Betreuung sorgen für mehr Geschlechtergerechtigkeit und garantieren Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche.

Die Kluft zwischen Arm und Reich – auch global – gilt es zu verringern. Das Gebot der Stunde heißt, generationengerecht wirtschaften und neue Perspektiven für den sozialen Aufstieg eröffnen.

In den letzten Jahren hat sich ein gewaltiger Investitionsbedarf bei der Infrastruktur angestaut. Der deutsche Staat lebt von seiner Substanz. Die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote ist im internationalen Vergleich viel zu niedrig.

Die kurzfristige Politik der Großen Koalition verkennt und verschenkt die Zukunftspotentiale, die Klimaschutz und Energiewende bieten: Im Handwerk und der regionalen Wirtschaft entstehen viele neue Arbeitsplätze und Exportschlager.

Investieren statt subventionieren

Deutschland muss in die Zukunft investieren, statt die Vergangenheit zu subventionieren. Das ist die tragende Säule der Generationengerechtigkeit. Die Investitionsquote ist im Haushalt 2014 um einen Prozentpunkt auf 11,1 Prozent zu erhöhen – solide finanziert ohne zusätzliche neue Schulden.

Es wird ein Energiesparfonds eingerichtet, der mit 3 Mrd. Euro ausgestattet wird. Er unterstützt und steigert Energieeffizienzmaßnahmen und baut die Energieberatung aus. Mit ihm sollen vor allem einkommensschwache Haushalte und Stadtteile beim Energiesparen unterstützt werden. Zusätzlich sind die CO₂-Gebäudesanierungsprogramme der KfW mit 2 Mrd. Euro zu unterlegen. Der Erhalt

von Verkehrsinfrastruktur hat Priorität gegenüber Neubauprojekten. Folgerichtig werden die Gelder für die dringend notwendigen Investitionen in den Straßenerhalt um insgesamt 1 Mrd. Euro erhöht – inklusive eines Sofortprogramms zur Brückensanierung – und zur Gegenfinanzierung der Neu- und Ausbau und ÖPP-Projekte bei Straßen deutlich gekürzt. Der internationale Klimaschutz wird mit zusätzlichen 500 Mio. Euro finanziert. Auch in den Ausbau von Kinderbetreuung fließen 500 Mio. Euro mehr als bislang. 403 Mio. Euro gehen zusätzlich in den Hochschulpakt sowie jeweils 100 Mio. Euro ab 1. Juli 2014 für das Weiterbildungs-BaföG und ebenso für die steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen. Die Mittel für den Integrationsbereich werden im Vergleich zum Regierungsentwurf um 100 Mio. Euro angehoben. Das Arbeitslosengeld II wird auf 420 Euro erhöht, ein Sozialer Arbeitsmarkt eingeführt, die arbeitsmarktpolitische Instrumente gestärkt und der Einstieg in eine steuerfinanzierte Garantierente für langjährig Versicherte geschaffen. 2014 werden die Kommunen um 1 Mrd. Euro zusätzlich bei den Kosten der Unterkunft entlastet. Für die Entwicklungszusammenarbeit werden 1,3 Mrd. Euro mehr zur Verfügung gestellt, davon rund 350 Mio. für syrische Flüchtlinge in den Anrainerstaaten. Vor dem Hintergrund der Diskussion über die Rolle Deutschlands in der Welt sind eine Stärkung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und der Instrumente zur Zivilen Krisenprävention notwendig. Für den „Ressortkreis Zivile Krisenprävention“ erfolgt die Einrichtung eines Haushaltstitels in Höhe von 100 Mio. Euro, der über die Einzelhaushalte des Auswärtigen Amts, BMZ, BMVg und des BMI (jeweils 25 Mio. Euro) aufgefüllt wird. Das zügige Erreichen der international zugesagten ODA-Quote von 0,7 Prozent des BNE ist Kernanliegen für globale Gerechtigkeit.

Zukunftsaufgaben solide finanzieren

Zur Finanzierung sind ein systematischer Subventionsabbau, strukturelle Reformen, konsequente Ausgabenkürzungen und Einnahmeverbesserungen notwendig. So gelingt es, den Haushalt zu konsolidieren und damit die Schuldenbremse konsequent einzuhalten.

Ökologisch schädliche Subventionen müssen konsequent abgebaut werden, denn ökologisch schädliches Verhalten darf nicht belohnt werden. Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen. Deswegen sind klimaschädliche Subventionen wie die Privilegierung von schweren Dienstwagen oder die milliardenschwere Bevorzugung des Flugverkehrs gegenüber der Bahn zu beenden. Ausnahmen bei der Ökosteuer sind nur für energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen in Form einer Härtefallregelung zu gewähren. Die neue klimaschädliche Strompreissubvention der Bundesregierung wird gestrichen und die Subventionen für Erdöl bei stofflicher Nutzung und den Agrardiesel sind konsequent abzubauen.

Durch ein Moratorium für Rüstungsbeschaffungen, eine Verkleinerung der Bundeswehr auf 150 000 SoldatInnen und die Beendigung der nuklearen Teilhabe sind im Verteidigungsetat 2,2 Mrd. Euro einzusparen. Auch bei der Luft- und Raumfahrtförderung und den Wirtschaftsförderprogrammen, die hohe Mitnahmeeffekte haben und umweltschädliche Investitionen finanzieren, ist zu kürzen. Das Betreuungsgeld wird abgeschafft. Die Verwaltungsausgaben werden gesenkt und drei zusätzlich geschaffene Parlamentarische Staatssekretäre der Bundesregierung wieder gestrichen.

Haushaltskonsolidierung geht nur gerecht, deswegen müssen starke Schultern mehr beitragen als schwache. Trotz der derzeit günstig aussehenden Finanzlage des Bundes gibt es eine strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Hand. Daher muss nicht zuletzt nach einer Priorisierung der Ausgaben auch die Einnahmeseite des Staates strukturell erhöht werden. Dafür werden ab dem Haushalt 2014 in einem ersten Schritt die Abgeltungsteuer abgeschafft, so dass Kapitaleinkommen

wieder progressiv wie Arbeitseinkommen besteuert werden, sowie Ausnahmen bei der Umsatzsteuer reduziert. Wichtige Reformen in der Steuerpolitik sind eine gerechtere Vermögensbesteuerung, eine Tarifreform bei der Einkommensteuer mit einer Anhebung des Spitzensteuersatzes für hohe Einkommen auf 49 Prozent sowie Korrekturen beim Ehegattensplitting. Hierbei sind nicht nur die Auswirkungen auf den Gesamthaushalt des Staates, sondern auch die Gesamtbelastung für die privaten Haushalte und Unternehmen zu beachten sowie die Bezieher kleiner Einkommen zu entlasten.

Gerechte und nachhaltige Strukturreformen sind umzusetzen. Dies umfasst die Übertragung der Steuerverwaltung von den Ländern auf den Bund als Voraussetzung für einen effektiven Steuervollzug und eine notwendige Modernisierung der Verwaltungsstrukturen des Bundes. Ebenso sind eine transparente und ehrliche Nutzen-Kostenrechnung, Gesamtkostenplanung und ein umfassendes Controlling bei Großprojekten des Bundes notwendig. Milliardengräber mit riesigen Kostenexplosionen wie der Flughafen Berlin Brandenburg oder Stuttgart 21 müssen in Zukunft durch umfassende Transparenz und eine aktive Haushaltskontrolle verhindert werden.

Berlin, den 23. Juni 2014

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

